

# **Der isländische Fischereizonenstreit 1972–1976. Im Konfliktfeld zwischen regionalen Fischereinteressen und NATO-Bündnispolitik**

**Katrin Rupprecht**

Zwischen 1972 und 1976 tobte zwischen Island und der Bundesrepublik sowie Großbritannien ein Fischereizonenstreit, der die bilateralen Beziehungen sowie das Verhältnis Islands zur NATO schwer belastete. Über vier Jahre dauerte es, den Streit beizulegen. Die Bundesregierung war gefangen im Spannungsverhältnis zwischen der Rücksichtnahme auf einen kleinen, aber unersetzbaren Allianzpartner einerseits und den berechtigten Interessen der Fischereiwirtschaft in den strukturschwachen Küstenstädten andererseits.

Im Frühsommer 1973 demonstrierten zwischen 20.000 bis 30.000 Isländer, das heißt rund zehn Prozent der isländischen Bevölkerung, während eines Staatsbesuches des US-Präsidenten Richard Nixon in Island gegen Großbritannien. In seinen Memoiren schilderte der spätere Außenminister Henry Kissinger, der Nixon auf seiner Reise begleitete, seine Sicht auf den Konflikt: „Eine von zweihunderttausend Menschen bewohnte Insel drohte einer Weltmacht mit einer Bevölkerung von fünfzig Millionen mit einem Krieg, und den Anlaß bildete die Kabeljaufischerei. Eine Supermacht hielt es für notwendig, erstens dazu Stellung zu nehmen und zweitens nicht die stärkere, sondern die schwächere Seite zu besänftigen.“<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie ein eigentlich überschaubarer Konflikt um Fischereirechte Europa, die USA und die NATO beschäftigen konnte? Auf welche Weise reagierte die Bundesrepublik, die ebenso wie Großbritannien konfliktbeteiligt war?<sup>2</sup> Warum konnte sie nicht einen Konflikt, der die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik tangierte, per Scheckbuchpolitik lösen und den wirtschaftlichen Interessen der kleinen Insel nachgeben?

Die isländische Regierung hatte sich zu Beginn des Jahres 1972 darauf festgelegt, die Küstengewässer in einer Breite von 50 Seemeilen für ausländische Fischer zu sperren. Dies war ein Bruch des Völkerrechtes, da einem Küstenstaat nur Hoheitsrechte innerhalb einer Zone von zwölf Seemeilen zustanden. Die Bundesrepublik wollte dies nicht hinnehmen und zog daher gemeinsam mit Großbritannien vor den Internationalen Gerichtshof (IGH)<sup>3</sup>. Die von den

---

1 Henry A. Kissinger: Memoiren 1973–1974, Bd. 2. München 1982, S. 205.

2 Der Aufsatz basiert auf der Dissertation der Verfasserin: Der deutsch-isländische Fischereizonenstreit 1972–1976. Krisenfall für die NATO? Anhand der Akten des Auswärtigen Amtes. Frankfurt/Main u. a. 2011.

3 Einen Überblick zu rechtlichen Fragestellungen gibt Tobias Pierlings: IGH v. 2.2.1973 und v. 25.7.1974 – Isländischer Fischereistreit. Judicial Self Restraint in Zeiten seerechtlichen Wandels, in: Völkerrechtssprechung. Ausgewählte Entscheidungen zum Völker-

Isländern beanspruchte Fischereigrenze bedrohte die deutsche Hochseefischerei in ihrer Existenz. So war damit zu rechnen, dass sich durch die Sperrung dieser Zone die Fangmengen der deutschen Fischereiwirtschaft um ein Drittel reduzieren würden.<sup>4</sup> Dadurch standen etwa 1.700 Arbeitsplätze auf See und rund 7.000 Stellen bei den mit der Hochseefischerei verbundenen Wirtschaftszweigen auf dem Spiel.<sup>5</sup> Problematisch war weiterhin, dass sich die deutsche Fischereiwirtschaft auf strukturschwache Küstengebiete konzentrierte. So trug sie in der Region Cuxhaven zu Beginn der 1970er Jahre beispielsweise noch rund 40 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei.<sup>6</sup> Die Bundesregierung befürchtete eine regionale Strukturkrise.<sup>7</sup> Auch wäre durch eine Ausweitung die westdeutsche Subventionspolitik in Frage gestellt worden. Schließlich hatten die Bundesregierung sowie die Länder die Fischereiwirtschaft mit rund einer halben Milliarde Mark unterstützt.<sup>8</sup> Eine Potenzierung des Problems wurde befürchtet, da bei Hinnahme des isländischen Vorgehens möglicherweise auch andere Nationen ihre Fischereizonen ausdehnen würden.

Die Isländer begründeten ihr Vorgehen mit dem Argument, dass man die Fischbestände schützen müsse. Strebten die Isländer also ein nachhaltiges Fischereimanagement an, während die großen Staaten ohne Rücksicht auf ökologische Belange und Nachhaltigkeit, ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen suchten? Strittig war insbesondere die Kabeljaufrage.<sup>9</sup> Bei dieser Fischart war 1971 vor den Küsten Islands tatsächlich ein drastischer Rückgang zu beobachten.<sup>10</sup> Doch die ICES/ICNAF-Arbeitsgruppe der zum Schutz der Fischbestände gegründeten Organisationen, die wissenschaftliche Empfehlungen auswerteten, gab keine Empfehlung zur Verminderung der Fänge.<sup>11</sup> Vielmehr

---

recht in Retrospektive. Hg. von Jörg Menzel, Tobias Pierlings, Jeannie Hoffmann. Tübingen 2005, S. 672–677.

- 4 Schnellbrief des Landwirtschaftsministers an Kabinettskollegen, 31. Juli 1972, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), B 80, Bd. 985.
- 5 Schreiben des Bundesmarktverbandes der Fischereiwirtschaft an BML, 8. März 1972, ebd.
- 6 Aufzeichnung des BML, Referat III C 1, 15. März 1973, in: PA AA, B 60, Bd. 108657.
- 7 Aufzeichnung des BML, Referat III C 1, 29. Januar 1973, ebd.
- 8 So hatte die Bundesregierung zwischen 1962 und 1971 rund 362 Millionen Mark an Zuschüssen gegeben. Von den Bundesländern Niedersachsen und Bremen waren zudem über mehrere Jahre verteilt weitere 150 Millionen Mark an Förderhilfen bereitgestellt worden. Vgl. Brief des Bundeslandwirtschaftsministers an den Deutschen Gewerkschaftsbund, 21. Dezember 1972, in: PA AA, B 60, Bd. 989, und Aufzeichnung des BML, Referat III C 1, 15. März 1973, in: PA AA, B 60, Bd. 108657.
- 9 Der Fischereizonenstreit wurde in der Presse auch häufig „Kabeljau-Krieg“ genannt.
- 10 Bericht des International Council for the Exploration of the Sea (ICES) in Vertretung für die North-East Atlantic Fisheries Commission (NEAFC) und die International Council of North Atlantic Fisheries (ICNAF) Working Group on Cod Stocks in the North Atlantic vom März 1972, in: PA AA, B 80, Bd. 986.
- 11 Für andere Gebiete im Nordatlantik gab es diese Empfehlungen jedoch. Dabei wurden üblicherweise Fangquoten festgelegt, Schutzgebiete ausgewiesen und bestimmte Fangme-

argumentierte sie, dass die ungewöhnlich hohen Erträge an Kabeljau im Jahr 1970 auf zugewanderte Kabeljaubestände zurückzuführen wären und daher der Rückgang im Jahr darauf wenig aussagekräftig sei.<sup>12</sup> Außerdem würden die für den Bestand wichtigen Laichgebiete ausschließlich von isländischen Fischern angefahren. Sie stellte damit die isländische Argumentation in Frage.

Allerdings war es nur eine Frage der Zeit, bis die Überfischung durch die Vergrößerung der Fangflotten weltweit auch für die isländischen Gewässer zum Problem werden würde, denn die Fischereiwirtschaft hatte sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten immer mehr industrialisiert. So war die ehemals kräftezehrende, harte und gefährliche Arbeit auf See, bei denen die Fänge unter schwierigen Wetterbedingungen von der Mannschaft an Bord gehievt werden mussten, durch technische Innovationen immer komfortabler geworden. Die so genannten Vollfroster verfügten mittlerweile über Weiterverarbeitungsanlagen und riesige Kühlhallen an Bord und konnten daher monatelang auf See bleiben.<sup>13</sup> Insgesamt war die deutsche Flotte weitgehend auf diesen Schiffstyp umgestellt. Ihre Tonnage am Gesamtvolumen der deutschen Fischereischiffe betrug 1974 rund 70 Prozent.<sup>14</sup> Doch im weltweiten Vergleich lag die deutsche Hochseefischerei größtmäßig nur im Mittelfeld: Hochspezialisierte Fangflotten aus Ländern wie Japan, der Sowjetunion, China, Peru, Norwegen und den USA teilten sich untereinander mehr als die Hälfte des weltweiten Fischfangs.<sup>15</sup>

Da den Fischbeständen vor der Küste nachweislich noch kein akuter Schaden drohte, stellt sich die Frage, worum es den Isländern ging? Letztendlich beanspruchten die Isländer ein ökonomisches Nutzungsmonopol der Fischbestände vor ihren Küsten. Dieses verstanden sie auch als ihr gutes Recht, da die Insel kaum über andere nennenswerte Ressourcen verfügte. Die neue Linksregierung plante zudem seit ihrem Regierungsantritt 1971 eine ganze Reihe von Maßnahmen, die sich weit über ein vertretbares Maß hinaus an den Interessen der Arbeiter ausrichtete.<sup>16</sup> Island leistete sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges ohnehin einen Lebensstandard, der über dem anderer Länder lag.

---

thoden verboten. Bulletin der Bundesregierung Nr. 118, S. 1145, 9. November 1976, in: PA AA, B 88, Bd. 193965.

12 ICES/ICNAF-Report, BML, Referat III C 1, 30. August 1972, in: PA AA, B 80, Bd. 986.

13 Anja Benschaidt/Alfred Kube: Der letzte deutsche Seitentrawler. Hochseefischerei auf dem Museumsschiff „GERA“ (Morgenstern-Museum Bremerhaven, Kleine Schriften 3). Bremerhaven 1995, S. 20.

14 Schnellbrief des Bundeslandwirtschaftsministers an das AA, 30. April 1974, in: PA AA, B 88, Bd. 102888.

15 Lothar Gündling: Die 200 Seemeilen-Wirtschaftszone. Entstehung eines neuen Regimes des Meeresvölkerrechts (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht 83). Berlin u. a. 1983, S. 3f.

16 Schriftbericht Nr. 25 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 12. Januar 1972, in: PA AA, B 14, Bd. 102459.

So belegte Island innerhalb der OECD-Länder den dritten Platz beim Pro-Kopf-Einkommen nach den Vereinigten Staaten und Schweden.<sup>17</sup> Dieses Wirtschaftswunder beruhte im Export fast ausschließlich auf dem Fischfang.

*Deutsches Konfliktmanagement bei Beginn der Auseinandersetzung*

Anfangs waren sowohl die Bundesrepublik als auch Großbritannien überzeugt, sich mit den Isländern auf Fangbeschränkungen einigen zu können. Doch dann zogen sie 1972 gemeinsam vor den IGH, der jedoch nur entscheidungsberechtigt ist, wenn die Konfliktparteien zustimmen. London, Bonn und Reykjavik hatten sich 1961 bei der Beilegung des zweiten Fischereizonenstreites<sup>18</sup> für den Fall zukünftiger Auseinandersetzungen auf die Zuständigkeit des Gerichtshofes geeinigt. Im Sommer veröffentlichte der IGH eine einstweilige Verfügung, die für die Fischer aus Großbritannien und der Bundesrepublik Höchstfangmengen festlegte und Island aufforderte, sich jeder Zwangsmaßnahme gegenüber den ausländischen Fischern zu enthalten.<sup>19</sup> Reykjavik weigerte sich mit juristisch aus britischer und deutscher Sicht nicht haltbaren Argumenten während des gesamten Konfliktes, den IGH anzuerkennen und ignorierte das Gericht, das laut Charta der Vereinten Nationen das Hauptrechtssprechungsorgan in internationalen Streitigkeiten sein sollte.

Das spezifische mentale Problem war, dass die Ausweitung der Fischereizone auf 50 Seemeilen aus isländischer Sicht weniger eine rechtliche Auseinandersetzung als vielmehr eine nationale Frage war, die spätestens ab 1972 auch parteiübergreifend unterstützt wurde. Der Kampf der kleinen Insel gegen große Staaten, das dem David-Goliath-Schema folgte, hatte für die Isländer eine nach innen einende Funktion. Das Gemeinschaftsgefühl war ohnehin ausgesprochen stark, da es sich um eine zahlenmäßig überschaubare und geographisch isolierte Nation handelte. Oder wie es ein deutscher Botschafter einmal etwas salopp ausdrückte: In diesem kleinen Land seien „fast alle miteinander verwandt, verschwägert, befreundet oder – wenigstens – verfeindet“<sup>20</sup>.

Reykjavik hatte sich erst 1944 von der Personalunion mit Dänemark gelöst. Durch die sehr spät erfolgte Unabhängigkeit waren nationalistische Empfindungen weit verbreitet, die andere Staaten in der Nachkriegszeit längst hinter sich gelassen hatten. Zudem sorgte die Insellage dafür, dass den Isländern das

17 OECD Economic Survey Iceland. Paris 1973, S. 5.

18 Bereits 1952 hatte Island seine Fischereizone von drei auf vier Seemeilen ausgeweitet. Bei diesem ersten Streit hatte sich die Bundesrepublik noch völlig zurückgehalten, da sie erst kurz zuvor wieder diplomatische Beziehungen zu Island aufgenommen hatte. Rupprecht: Fischereizonenstreit, S. 50–62.

19 Einstweilige Anordnung des Internationalen Gerichtshofes: Cour Internationale de Justice, S. 30–44.

20 Schriftbericht Nr. 66 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 10. Februar 1976, in: PA AA, B 32, Bd. 110349.

Austarieren von unterschiedlichen Interessen mit anderen Staaten nahezu unbekannt war. Von daher war für die Isländer ein Kompromiss von vornherein im Grunde ausgeschlossen. So sagte Ministerpräsident Jóhannesson in seiner Neujahresansprache 1972, dass selbstverständlich mit Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland verhandelt werden müsse, allerdings ohne dass jedoch von dem Grundsatz, der Anerkennung einer isländischen Fischereizone von 50-Seemeilen abgewichen werde.<sup>21</sup> Immer wieder zeigte sich während der Verhandlungen, dass die Isländer in vielen Fragen lediglich das Durchsetzen der eigenen Position als Erfolg empfanden. Insofern zeigt die Auswertung der Quellen, dass die deutsche Konfliktstrategie, die bis Mitte 1975 sehr legalistisch geführt wurde, zum Scheitern verurteilt sein musste, da das Auswärtige Amt häufig von falschen Prämissen beim isländischen Verhandlungspartner ausging.

Die einseitige Ausweitung der Fischereizone am 1. September 1972 wurde in Island entsprechend groß gefeiert: mit einer Sonderbriefmarke, einer Sondermünze und sogar mit politischen Torten mit der Aufschrift „50 Seemeilen“<sup>22</sup>. Der internationale Konflikt war damit vorprogrammiert. Die Isländer verfolgten während der gesamten Auseinandersetzung stets die gleiche Strategie, um andere Nationen am Fischfang zu hindern: Ausländische Schiffe, die innerhalb der 50-Meilen-Zone fischten, wurden aus diesem Bereich verwiesen. Kammen sie dieser Aufforderung nicht nach, steuerte das isländische Küstenwachschiff das gegnerische Schiff an und kappte mit einer speziellen Vorrichtung die Netzleinen. Da die Fischer keine Ersatznetze mit sich führten, mussten sie erst einmal ohne Fang gen Heimat fahren<sup>23</sup>.

Zu einem ersten schweren Zwischenfall, der das bilaterale Verhältnis nachhaltig bewegte, kam es im November 1972. Dabei wurde ein deutscher Seemann durch ein isländisches Küstenwachschiff schwer verletzt. Bonn bestellte den isländischen Botschafter ein, der den Vorfall leugnete, obwohl dieser durch zahlreiche Augenzeugenberichte belegt war.<sup>24</sup> Die Bundesregierung brachte die Sorge über die deutsch-isländischen Beziehungen zum Ausdruck, das Bundeskabinett werde sich auf seiner bevorstehenden Sitzung mit den Zwischenfällen befassen.<sup>25</sup> In der Folge beschloss die Bundesregierung eine Garantier-

---

21 Schriftbericht Nr. 20 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 6. Januar 1972, in: PA AA, B 14, Bd. 102459.

22 Schriftbericht Nr. 518 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 12. Dezember 1972, in: PA AA, B 80, Bd. 989.

23 Sachstandsbericht (ohne Angaben), 8. Juni 1973, in: PA AA, B 14, Bd. 102459.

24 Drahterlass Nr. 4923 an die deutsche Botschaft in Reykjavik, 27. November 1972, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD): 1972, wissenschaftliche Leiterin Ilse Dorothee Pautsch, bearb. von Mechthild Lindemann, Daniela Taschler und Fabian Hilfrich, III, Dok. 384, S. 1740–1743.

25 Kurzprotokoll der 133. Kabinettsitzung, 29. November 1972, in: PA AA, B 130, Bd. 8406.

klärung, die die Erstattung von möglichen Schäden für die deutsche Hochseefischerei vorsah. Diese hatte gedroht, anderenfalls die Fangtätigkeit einzustellen.<sup>26</sup>

Als deutsche Fischereischiffe weiterhin am Fischfang gehindert wurden, forderten die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der Verband der Deutschen Hochseefischerei im Frühjahr 1973 offiziell ein bereits häufiger diskutiertes Anlandeverbote für isländischen Fisch in den deutschen Häfen.<sup>27</sup> Um eine Eskalation zu vermeiden, schaltete sich Bundeskanzler Brandt direkt ein und schickte den Bremer Bürgermeister Koschnick als Sonderbeauftragten nach Reykjavik.<sup>28</sup> Er betonte gegenüber Ministerpräsident Jóhannesson und Außenminister Ágústsson, dass dem Bundeskanzler daran gelegen sei, auf die Interessen kleinerer Staaten Rücksicht zu nehmen. Er verwies allerdings auch ganz generell auf die äußerst schwierige Wirtschaftslage in Deutschland. Wodurch war diese 1973 bestimmt? Tatsächlich kämpfte die Bundesregierung mit der steigenden Inflation aufgrund einer erhitzten Konjunktur. Zu Beginn des Jahres 1973 geriet außerdem die bisherige Währungsordnung durch hohe Defizite in der amerikanischen Zahlungsbilanz sowie Veränderungen der internationalen Finanzströme ins Wanken, was zur Aufgabe des nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführten Bretton-Woods-Systems führte. So lösten sich im März sechs europäische Staaten vom Dollarkurs als Leitwährung.<sup>29</sup> Gleichzeitig kam es in der deutschen Stahlindustrie zu wilden Streiks, da die Arbeitnehmer aufgrund der hohen Unternehmensgewinne und steigender Lebenshaltungskosten einen Nachschlag bei den Löhnen forderten, was die Inflation weiter anheizte.<sup>30</sup>

Koschnick führte aus, dass sich die wirtschaftliche Lage für die Fischereiwirtschaft noch ungleich schwieriger darstelle. Sie stecke mitten im Strukturwandel. An den deutschen Küsten, wo die SPD traditionell sehr stark sei, wäre eine explosive Stimmung entstanden. Ministerpräsident Jóhannesson strich hingegen die Abhängigkeit der Insel vom Fisch heraus. Diese bestehe in

26 Schreiben des Bundeslandwirtschaftsministers an das Bundesfinanzministerium und nachrichtlich an das AA und Bundeskanzleramt, 15. Januar 1973, in: PA AA, B 88, Bd. 193905.

27 Aufzeichnungen für Staatssekretär, Referat 500, 10. April 1973, in: PA AA, B 88, Bd. 193906.

28 Drahtbericht Nr. 80, VLR Fleischhauer an das AA, z. Z. Reykjavik, 16. April 1973, in: AAPD 1973, wissenschaftliche Leiterin Ilse Dorothee Pautsch, bearb. von Matthias Peter, Michael Kieninger, Michael Ploetz, Mechthild Lindemann und Fabian Hilfrich, I, Dok. 108, S. 530–534.

29 Marie-Luise Recker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 2. überarb. Auflage Nördlingen 2005, S. 75.

30 Wolfgang Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1974, in: Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Bd. 5/1 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland). Hg. von Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Jäger und Werner Link. Stuttgart u. a. 1986, S. 15–155, hier S. 108.

Deutschland aufgrund der Wirtschaftskraft so nicht. Sein Außenminister bekräftigte, dass die Fischerei „für Island eine Frage von Leben und Tod“<sup>31</sup> sei. Auf deutscher Seite zog man das Fazit, dass der isländische Ministerpräsident über keinen innenpolitischen Spielraum verfüge. Daher entschied sich die Bundesrepublik fürs Erste gegen einen Anladestopp für isländischen Fisch.

### *Die enorme geopolitische Bedeutung Islands im Kalten Krieg*

Wieso nahm die Bundesrepublik wieder und wieder Rücksicht auf die kleine Insel? Dies ist nur vor dem Hintergrund der NATO-Mitgliedschaft Islands zu verstehen. Zwar bestand kein Zusammenhang zwischen Fischereizonenstreit und der Allianzfrage. Doch war klar, dass der Streit Rückwirkungen auf die Stabilität des Militärbündnisses haben könne. Island war sich seines politischen Wertes, der allein in der geographischen Lage bestand, durchaus bewusst, denn aus Sicht der Allianz war die Insel im Nordwesten ein unersetzbarer Stützpunkt für die atlantische Verteidigung. Bei einem Konflikt im Nordatlantik wäre ein Stützpunkt auf der Insel entscheidend für Sieg oder Niederlage gewesen. Oft wurde das Bild des „unsinkbaren Flugzeugträgers“ genutzt.<sup>32</sup> Da die Amerikaner bei der Überquerung des Ozeans im Laufe der Zeit nicht mehr auf die Zwischenlandung auf der Insel angewiesen waren, nahm die Bedeutung als Luftwaffenstützpunkt ab. Im Gegenzug nahm die maritime Bedeutung der Insel zu. Washington verfügte 1961, dass der Oberbefehl über die Insel von der US-Luftwaffe auf die Navy überging.<sup>33</sup>

Die Russen rüsteten seit der Kubakrise ihre bis dahin relativ unbedeutenden Seestreitkräfte auf.<sup>34</sup> War zuvor die Aufgabe der sowjetischen Nordflotte auf die Küstenverteidigung beschränkt, bekam sie nun einen offensiven Charakter, der auch der Abschreckung und Machtdemonstration diene.<sup>35</sup> Dahinter stand die Idee, dass eine Großmacht notwendigerweise über eine starke Flotte verfügen müsse. Daher wurde Island für die Beobachtung der sowjetischen Militäraktivitäten immer bedeutsamer. Nur über die isländische Militärbasis Keflavik konnte die sowjetische Flotte in den nordwestlichen Gewässern überwacht werden: Das militärische Aufklärungssystem SOSUS (Sound Surveillance

31 Drahtbericht Nr. 80, VLR Fleischhauer an das AA, z. Z. Reykjavik, 16. April 1973, AAPD 1973 I, Dok. 108, S. 530–534.

32 Örjan Berner: *Soviet Policies toward the Nordic Countries*. Lanham 1986, S. 72.

33 Schriftbericht Nr. 75 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 2. Februar 1961, in: PA AA, B 23, Bd. 196.

34 Vermerk der deutschen Vertretung bei der NATO, 4. Juni 1976, in: PA AA, B 150, Bd. 349; vgl. auch Lawrence S. Kaplan: *NATO and the United States: The Enduring Alliances*. Überarb. Auflage New York 1994, S. 105.

35 Falk Bomsdorf: *Sicherheit im Norden Europas. Die Sicherheitspolitik der fünf nordischen Staaten und die Nordeuropapolitik der Sowjetunion*. Baden-Baden 1989, S. 26.



System), ermöglichte es, U-Boote über lange Strecken zu orten.<sup>36</sup> Island war zudem auch ein wichtiger Standort für die Radaranlagen zur Luftraumklärung. NATO-Generalsekretär Joseph Luns sagte 1976 gegenüber der Presse, dass es die Amerikaner schätzungsweise 22 Milliarden US-Dollar kosten werde, ein alternatives Überwachungssystem vergleichbar dem Stützpunkt im isländischen Keflavik aufzubauen.<sup>37</sup>

Die Isländer waren geprägt durch eine pazifistische Grundhaltung sowie das Fehlen jeglicher militärischer Traditionen. Zudem wurde die Stationierung der amerikanischen Truppen und deren Einfluss in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht als große Bedrohung für die Unabhängigkeit Islands und die Bewahrung der kulturellen Identität angesehen. Die UdSSR wurde hingegen nur sehr kurzzeitig und anlassbezogen als Aggressor wahrgenommen.<sup>38</sup> Dies sorgte dafür, dass die NATO nicht die Akzeptanz der Bevölkerung erreichte, die eigentlich notwendig gewesen wäre.

Auf diese Vorbehalte konnten auch die isländischen Kommunisten setzen, die seit Juni 1971 an der Regierung waren. Obwohl die Insel über so gut wie keine Industrie und damit Arbeiterschaft verfügte, und es auch keine großen sozialen Gegensätze gab, waren die Kommunisten seit der Staatsgründung 1944 meist stärker als die Sozialdemokraten und gewannen bei Wahlen häufig rund 20 Prozent der Stimmen. Absurderweise gelang es der Partei, deren konstituierendes Element eigentlich der gemeinsame internationale Kampf für den Kommunismus war, sehr erfolgreich, sich als Hüterin der nationalen Interessen zu positionieren, die sich angeblich gegen jede Form des Fremdeinflusses wehrte.<sup>39</sup> So forderten die Kommunisten, dass die Insel neutral bleiben müsse. Mit diesen Argumenten hatten sie bereits im Frühjahr 1949 vehement gegen den Beitritt der Insel zur NATO gekämpft und Tausende Menschen zu Protesten aktivieren können. Unter einem Steinregen, der gegen die Fenster schlug, stimmte das Parlament am 30. März 1949 für den umstrittenen Allianzbeitritt und eine Verankerung Islands im westlichen Verteidigungssystem<sup>40</sup>. Zudem versuchten die Kommunisten später das Keflavikabkommen vom Okto-

36 John C. Ausland: *Nordic Security and the Great Powers*. Boulder 1986, S. 171.

37 Zitiert nach Hannes Jónsson: *Friends in Conflict. The Anglo-Icelandic Cod Wars and the Law of the Sea*. Connecticut 1982, S. 177.

38 John Robin Fairlamb: *Icelandic Threat Perceptions*, in: *Naval War College Review* 34 (1981), September–Oktober, S. 66–77, hier S. 67–69.

39 Valur Ingimundarson: *Die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen der SED und der Isländischen Sozialistischen Partei*, in: *Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten 1949–1989. Aspekte einer Beziehungsgeschichte im Zeichen des Kalten Krieges*. Hg. von Jan Hecker-Stampehl. Leipzig u. a. 2007, S. 75–90, hier S. 90.

40 Thor Whitehead: *Die Außenpolitik Islands 1945–1956*, in: *Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedsstaaten (Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 2)*. Hg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann. München 2000, S. 41–69, hier S. 55.



ber 1946, das die Stationierung von amerikanischen NATO-Truppen auf der Insel regelte, zu torpedieren. 1956 war es sogar zu einer Kündigung der Vereinbarung gekommen, die nach dem Einmarsch der Russen in Ungarn allerdings wieder rückgängig gemacht wurde. 1973 bot die Fischereizonenfrage nun erneut die Gelegenheit, gegen die NATO zu agitieren.

*Island als „Illoyal Ally“ innerhalb der NATO?*

Moskau war stets daran interessiert, Konflikte auszunutzen, um die USA von ihren Partnern zu isolieren.<sup>41</sup> Da ein Ausscheiden Islands die Allianz militärisch geschwächt hätte, war es nur folgerichtig, dass sich die Sowjetunion aktiv um eine politische Neutralisierung Islands bemühte: „Islands Rolle als Nordflanke des NATO-Verteidigungsbereichs ist den Sowjets ein Dorn im Auge; seit Jahren ist ihr Bemühen auf den Abbau der amerikanischen Präsenz und ganz allgemein auf die Herauslösung Islands gerichtet“<sup>42</sup>.

Entsprechend umfangreich waren auch die diplomatischen Bemühungen. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete, dass die sowjetische Botschaft in der isländischen Hauptstadt rund 60 Leute beschäftigte, davon elf akkreditierte Diplomaten: „Die Zahl ist dreimal so groß wie die durchschnittliche Besetzung der westlichen Botschaften und nimmt sich vor dem Hintergrund des Städtchens Reykjavik grotesk aus.“<sup>43</sup>

Daher war es wenig verwunderlich, dass die Sowjetunion versuchte, den Fischereizonenkonflikt propagandistisch auszunutzen. Zwar verfolgte die Sowjetunion im Fischereizonenstreit inhaltlich eine Position, die weitestgehend der der westlichen Staaten entsprach. Der Kreml hatte Protest gegen die Ausweitung eingelegt.<sup>44</sup> Schließlich sah Moskau seine eigenen Interessen als Seemacht sowie als Land mit einer großen Fischereiflotte gefährdet.<sup>45</sup> Im Sommer 1973 wurden aber solche Bedenken zurückgestellt. Dass die isländischen Kommunisten seit 1971 an der Regierung beteiligt waren, kam Moskau dabei sehr zupass. Zwar gab es seit dem Einmarsch der Sowjets in Prag offiziell keine Beziehungen mehr zu den Parteien der UdSSR und der DDR. Allerdings hielt der neu ernannte Fischerei- und Handelsminister Lúdvik Jósefsson, einer der führenden Köpfe der isländischen kommunistischen Partei, nun auf einer geheimen und informellen Basis weiterhin Kontakt zur sow-

41 Phillip A. Petersen: Iceland in Soviet Military Strategy, in: Iceland, NATO and Security in the Norwegian Sea. Hg. von Kjartan Gunnarsson. A Report from a Conference in Reykjavik Iceland 12th–13th March 1987, S. 7–27, hier S. 7.

42 Aufzeichnungen Referat I A 5, Sowjetische Island-Politik, 10. September 1971, in: PA AA, B 31, Bd. 379.

43 NZZ, 7. Juni 1971.

44 Vermerk, Referat V 1, 5. April 1972, in: PA AA, B 80, Bd. 983.

45 Schriftbericht Nr. 2084 der deutschen Botschaft in Moskau, 6. Juni 1973, in: PA AA, B 60, Bd. 108657.

jetischen Botschaft.<sup>46</sup> Auch traf er sich umgehend nach Regierungsantritt mit dem Leiter der DDR-Handelsvertretung.<sup>47</sup>

Die kommunistische Ministerriege in Island hatte direkt bei Regierungsantritt bei den Ostblockstaaten um wirtschaftliche Unterstützung gebeten.<sup>48</sup> Moskau kam dieser Bitte nach und forderte die DDR und Polen dazu auf, es ihr gleich zu tun.<sup>49</sup> Seitdem war die UdSSR zum drittgrößten Abnehmerland Islands aufgerückt.<sup>50</sup> Damit konnte die Abhängigkeit von den USA, dem größten Importeur von isländischem Fisch, in diesem Bereich verringert werden.<sup>51</sup>

Mit politischer Konzilianz und wirtschaftlicher Opportunitätspolitik spielte die isländische Linksregierung ihre Möglichkeiten im Kalten Krieg geschickt aus. Dies entsprach einem Muster der internationalen Staatenpolitik der Zeit: Die Konkurrenzsituation zwischen Amerikanern und Sowjetunion konnte insbesondere von kleinen und schwächeren Staaten genutzt werden, um Macht auszuüben. Das Verhalten Islands widerspricht jedoch insoweit der gängigen Forschungsmeinung, die besagt, dass kleineren Staaten innerhalb des Bündnisses lediglich drei Rollen übrig blieben, die des „Loyal Ally“, des „Super Loyal Ally“ oder des „Moderately Independent Ally“<sup>52</sup>. Island kann zumindest während der Zeiten der kommunistischen Regierungsbeteiligung als „Illoyal Ally“ bezeichnet werden.

#### *Zuspitzung des Konfliktes mit London und Kündigung des Keflavik-Abkommens*

Mitte Mai 1973 entsandte Großbritannien Kriegsschiffe in die Gewässer um Island. Die alte Weltmacht war nicht länger bereit, sich von einem kleinen Land vorführen zu lassen.<sup>53</sup> Die Navy sollte die Störmanöver der isländischen

- 
- 46 Jón Ólafsson: The Nature of Friendship: The Icelandic Socialist and Their Special Relations with the Communist International and the CPSU According to Soviet Sources, in: Sovjetunionen och Norden – Konflikt, Kontakter, Influenser (Historiallinen Arkisto, 110/1). Helsinki 1997, S. 243–264, hier S. 258–260.
- 47 Bericht der Handelsvertretung in Reykjavik, 20. Juli 1971, PA/AA, MfAA HG 2, L 69, Nr. C 1382/73.
- 48 Vermerk Gespräch mit Einar Olgeirsson, 21. Juli 1971, PA/AA, MfAA, HG 4, L 69, Nr. C 1390/73.
- 49 Bericht der Handelsvertretung der DDR, 18. September 1972, PA/AA, MfAA, HG 2, L 69, Nr. C 1116/74.
- 50 Schriftbericht Nr. 28 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 26. Januar 1973, in: PA AA, B 31, Bd. 101406.
- 51 Aufzeichnungen, Referat 400, 7. September 1973, in: PA AA, B 60, Bd. 108655.
- 52 Nikolaj Petersen: The Alliance Policies of the Smaller NATO Countries, in: NATO after Thirty Years. Hg. von Lawrence S. Kaplan und Robert W. Clawson. Wilmington 1981, S. 83–106, hier S. 94f.; Robert Keohane: Big influence of Small Allies, in: Foreign Policy 2 (1971), S. 161–182, hier S. 164.
- 53 Zusammenfassung des Gesprächs zwischen dem deutschen und britischen Außenminister in Helsinki, 5. Juli 1973, in: PA AA, B 60, Bd. 108657.

Küstenwachschiffe innerhalb der von Reykjavik als Hoheitsgebiet deklarierten 50-Seemeilen-Zone unterlaufen und die britischen Fischer bei der Ausübung ihrer Tätigkeit schützen. London schickte zudem Flugzeuge, die normalerweise der NATO als Hochseeaufklärer dienten, um die isländischen Küstenwachschiffe aus der Luft zu beobachten.<sup>54</sup>

Bonn bewertete die von den Briten getroffenen Maßnahmen als völkerrechtlich gerechtfertigt.<sup>55</sup> Für die Bundesrepublik konnte der Einsatz von Kriegsschiffen im Atlantik mit Blick auf die anderen europäischen Staaten fast 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg aber keine Option sein. Das Handelsblatt urteilte über die Briten scharf: „Säbelrasseln und Kanonenboot-Diplomatie rufen ein imperiales Echo wach“<sup>56</sup>.

Die isländische Bevölkerung war über das britische Vorgehen empört. Dies nutzten die Kommunisten aus, weiter die NATO-feindliche Atmosphäre zu schüren.<sup>57</sup> Auf einer Protestkundgebung im Mai 1973 kam es sogar zu gewaltsamen Ausschreitungen, die sich gegen die britische Botschaft und deren Personal richteten. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete über die Demonstrationen unter der Überschrift „Bruch mit der NATO scheint unabwendbar“<sup>58</sup>. Dieser Kampf wurde von den Isländern auch in den politischen Gremien geführt: Ende Mai 1973 waren auf Antrag des isländischen Botschafters die NATO-Vertreter der Mitgliedsstaaten in Brüssel zusammengekommen. Dieser forderte, die Allianz möge veranlassen, dass die Briten ihre Kriegsschiffe zurückzögen.<sup>59</sup> Der NATO-Generalsekretär informierte den Rat einen Tag später über seine Vermittlungsinitiative.<sup>60</sup> Ein grundsätzliches Problem war, dass Reykjavik Erwartungen an die Allianz richtete, die sie nicht erfüllen konnte. Denn das Militärbündnis konnte keine friedliche Beilegung von Konflikten erzwingen und verfügte auch nicht über eine eigene Streit-schlichtungsinstanz. Zwar war 1956 die „Entschließung über die friedliche Regelung von Streitfällen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern der Organisationen des Nordatlantikvertrages“ vom NATO-Rat verab-

---

54 Jónsson: *Friends in Conflict*, S. 139 und Appendix, S. 216.

55 Runderlass (ohne Nummer) Referat 500 an die NATO- und UN-Vertretung sowie die Botschaften in Washington, Reykjavik, Oslo, Stockholm und Kopenhagen, 24. Mai 1973, in: PA AA, B 14, Bd. 102459.

56 Rudolf Hahn: Kanonenboote lösen den Streit um den Kabeljau auch nicht, in: Handelsblatt, 30. Mai 1973.

57 Antwort an das Bundeskanzleramt, Referat 500, 25. Januar 1974, in: PA AA, B 32, Bd. 101416.

58 FAZ, 26. Mai 1973.

59 Drahtbericht Nr. 606 der deutschen Vertretung bei der NATO, 29. Mai 1973, in: PA AA, B 14, Bd. 102459.

60 Dok. 819, Drahtbericht Nr. 619 der deutschen Vertretung bei der NATO, 30. Mai 1973, in: PA AA, B 150, Bd. 281.

schiedet worden.<sup>61</sup> Sie sah die Pflicht zu Konsultationen innerhalb der Allianz vor, bevor sonstige internationale Stellen eingeschaltet werden sollten. Dafür oblag es dem Generalsekretär, seine „guten Dienste“ anzubieten. Allerdings konnte er Vermittlungsverfahren nur mit Zustimmung der betroffenen Staaten durchführen.<sup>62</sup> Damit war ein Mechanismus zur Beratung geschaffen worden, ohne jedoch den Primat der Freiwilligkeit aufzugeben.

Island boykottierte Anfang Juni ein Treffen der NATO-Verteidigungsminister.<sup>63</sup> Auf der anstehenden Ministerratstagung machte Reykjavik den Fischereizonenstreit und seine nachteiligen Folgen für das gesamte Bündnis zu einem Hauptpunkt der Diskussion. Unterstützt wurde Island von dem ihm freundschaftlich verbundenen Ländern Norwegen, Dänemark und Kanada, die zudem auch im Rahmen der UN-Seerechtskonferenz an einer Ausweitung einer Fischereizone interessiert waren<sup>64</sup>. Außerdem stellten sich die Belgier auf Islands Seite, die im Sommer 1972 ein Fischereiabkommen mit Reykjavik geschlossen hatten und die die Entwicklung hin zu einer 50-Seemeilen-Zone als unvermeidlich ansahen.<sup>65</sup> Außenminister Ágústsson informierte die Allianzpartner darüber hinaus über die Kündigung des Keflavik-Abkommens. Island plante nach Artikel VII der Vereinbarung, die dafür zuvor notwendige Prüfung der Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung der Verteidigungseinrichtungen einzuleiten.<sup>66</sup>

Um die Situation zu deeskalieren, versuchte Washington während der gesamten Auseinandersetzung, die zentrale Frage des NATO-Stützpunktes Keflavik und die emotional belastete Auseinandersetzung um die Fischereizonenfrage zu entkoppeln. Daher unterstrich der amerikanische Außenminister Rogers, dass die Fischereifrage nicht mit der geplanten Kündigung des Truppenstützpunktes durch Island in Verbindung stehe. Nichtsdestotrotz war die Verknüpfung beider Themenkomplexe für alle Beteiligten mehr als offensichtlich. Denn noch zu Beginn des Jahres hatte der Vorsitzende der Freigesinnten und Linken, Hannibal Valdimarsson, geäußert, die Keflavik-Frage stehe erst nach

---

61 Winfried Heinemann: Vom Zusammenwachsen des Bündnisses. Die Funktionsweise der NATO in ausgewählten Krisenfällen 1951–1956 (Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 1). München 1998, S. 256.

62 Roger Hill: Political Consultation in NATO (Wellesley Papers 6/1978). Toronto 1978, S. 33.

63 Drahtbericht Nr. 657 der deutschen Vertretung bei der NATO, 7. Juni 1973, in: AAPD 1973 II, Dok. 183, S. 947–955.

64 Zusammenfassung für StS Apel, Referat 500, 15. Juni 1973, PA AA, B 60, Bd. 108657.

65 Drahtbericht Nr. 156 der deutschen Botschaft in Kopenhagen, 14. Juni 1973, PA AA, B 150, Bd. 282.

66 Drahtbericht Nr. 160, NATO-Ministerkonferenz in Kopenhagen, 16. Juni 1973, in: AAPD 1973 II, Dok. 195, S. 1002–1010.

Fortschritten in der Fischereizonenfrage auf der Agenda. Im Jahr 1973 werde es nicht zu einer Entscheidung kommen.<sup>67</sup>

Der deutsche Botschafter befürchtete im Sommer 1973, dass darüber hinaus sogar ein Austritt aus der NATO tatsächlich vollzogen werden könnte. Denn die anderen isländischen Parteien stünden unter dem Druck der Kommunisten, die als einzige der Regierungsparteien bei möglichen Neuwahlen mit Stimmenzuwächsen rechnen könnten.<sup>68</sup> Daher bestand aus Sicht des Diplomaten die einzige Möglichkeit zur Lösung des Konfliktes in einer Vermittlungsinitiative. Das Auswärtige Amt wurde aktiv und erkundete die Haltung der NATO sowie der Bündnispartner Dänemark, Kanada und USA.<sup>69</sup> Deren Regierungen bejahten eine Interdependenz von NATO-Mitgliedschaft, Stützpunktfrage und Fischereizonenstreit. Sie befürchteten jedoch keine unmittelbaren Auswirkungen auf die NATO-Mitgliedschaft. Der NATO-Generalsekretär Luns hielt hingegen ein Ausscheiden Islands jederzeit für möglich. Damit würde die Verteidigungspolitik für Mitteleuropa gefährdet, da die Bekämpfung der sowjetischen See- und Luftstreitkräfte, die die atlantischen Verbindungswege bedrohten, wesentlich erschwert würde.<sup>70</sup> Die Bundesregierung plante, weitere Initiativen zunächst Luns zu überlassen.<sup>71</sup>

Anfang September 1973 beschloss das isländische Kabinett, die Beziehungen zu London abubrechen, falls es nochmals zu einer Auseinandersetzung mit einem britischen Kriegsschiff auf See käme.<sup>72</sup> Daraufhin reiste der NATO-Generalsekretär umgehend nach Reykjavik und London. Der britische Premier Heath reagierte auf das isländische Ultimatum, zog die Kriegsschiffe zurück und lud den isländischen Ministerpräsidenten nach London zu Verhandlungen ein.<sup>73</sup> In der Folge kam es zu einer auf zwei Jahre befristeten Interimsvereinbarung, nach der die Briten mit einer 25-prozentigen Verminderung ihres Fischfangs zu rechnen hatten. Zudem stimmten die Briten dem völligen

---

67 Schriftbericht Nr. 2 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 4. Januar 1973, in: PA AA, B 88, Bd. 193905.

68 Drahtbericht Nr. 120 der deutschen Botschaft an Reykjavik, 1. Juni 1973, in: PA AA, B 14, Bd. 102459.

69 Runderlass Nr. 2772, Referat 204 an die Ständige Vertretung bei der NATO und die deutschen Botschaften in Kopenhagen, Oslo, Ottawa und Washington, 21. August 1973, in: AAPD 1973 II, Dok. 255, S. 1275–1277.

70 Drahtbericht Nr. 914 der ständigen Vertretung bei der NATO, 24. August 1973, in: PA AA, B 150, Bd. 287, Dok. 1199.

71 Bericht für die Leitungsebene des AA, Referat 204, 31. August 1973, in: PA AA, B 150, Bd. 287.

72 Drahtbericht Nr. 186 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 11. September 1973, in: PA AA, B 88, Bd. 193908.

73 Drahtbericht Nr. 1083 der deutschen Vertretung bei der NATO, 2. Oktober 1973, in: PA AA, B 60, Bd. 108657.

Ausschluss von Fabrikschiffen zu.<sup>74</sup> Möglich war eine Einigung nur geworden, weil Ministerpräsident Jóhannesson den kommunistischen Fischereiminister Jósefsson, der bislang jede Einigung erfolgreich torpediert hatte, von den Verhandlungen weitgehend ausschloss.

*Stagnation in den deutsch-isländischen Verhandlungen und Eskalation*

Doch warum stagnierten in den zwei Jahren nach der britischen Einigung mit Reykjavik die deutsch-isländischen Verhandlungen und häuften sich die Zusammenstöße? Die isländische Küstenwache hatte nun offenkundig mehr Kapazitäten, um gegen die deutschen Schiffe vorzugehen. Der wichtigste Streitpunkt war die Zulassung der deutschen Gefrierschiffe. Sie waren in Island umstritten und wurden dort nur als „Fabrikschiff“ oder „Staubsaugerschiff“ bezeichnet.<sup>75</sup> Die Bundesregierung wollte einem Ausschluss dieser Schiffe unter keinen Umständen zustimmen, da die deutsche Fischereiflotte fast komplett auf diesen Typ umgestellt worden war. Sie verwies darauf, dass auch die deutschen Vollfroster mit den gleichen Fanggeräten, Netzen und Maschengrößen wie isländische Trawler arbeiteten.<sup>76</sup> Doch alle Argumente halfen nicht, da dieses Thema in Island hochemotional gesehen wurde und eine Prinzipienfrage war.

Im Mai 1974 zerbrach die linke Koalition aufgrund schwerer wirtschaftlicher Probleme des Landes.<sup>77</sup> Der neue Ministerpräsident Geir Hallgrímsson wurde von der konservativen Unabhängigkeitspartei gestellt, die mit der Fortschrittspartei koalierte. Die Kommunisten schieden aus der Regierung aus und die Keflavik-Frage konnte zur Zufriedenheit der Allianz gelöst werden. Der neue und alte Außenminister Ágústsson musste die Kündigung des Keflavik-Abkommens wieder rückgängig machen.<sup>78</sup> Die Vereinbarung wurde – wenn auch modifiziert – fortgesetzt.<sup>79</sup> So war unter anderem vorgesehen, die amerikanische Personalstärke im Bereich Technik und Verwaltung um 420 Mann zu verringern. Die Aufgaben sollten zukünftig von Isländern übernommen werden. Moskau war es also nicht gelungen, Island aus der Allianz herauszulösen.

74 Antwort für das Bundeskanzleramt, Referat 500, 25. Januar 1974, in: PA AA, B 32, Bd. 101416.

75 Drahtbericht Nr. 30 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 18. Februar 1974, in: PA AA, B 150, Bd. 299.

76 Drahterlass (ohne Nr.), Referat 500 an die deutsche Botschaft in Reykjavik, 3. Januar 1974, in: PA AA, B 88, Bd. 193919.

77 Schriftbericht Nr. 115 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 12. Juni 1974, in: PA AA, B 88, Bd. 193920.

78 Drahtbericht Nr. 180 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 4. Dezember 1975, in: PA AA, B 14, Bd. 113542.

79 Drahtbericht Nr. 2916 der deutschen Botschaft in Washington, 2. Oktober 1974, in: PA AA, B 14, Bd. 102466.

Selbst die Entscheidung des IGH, die im Juli 1974 verkündet worden war<sup>80</sup>, trug nicht zu einer Entspannung bei. Zwar bestätigten die Richter grundsätzlich die Konzeption einer Fischereizone, mahnten aber gleichzeitig die Berücksichtigung der historischen Rechte Großbritanniens und der Bundesrepublik an. In der Praxis bedeutete dies, dass Island nicht berechtigt war, einseitig deutsche Fischer auszuschließen.

Doch vom Urteil des IGH völlig unbeeindruckt plante die neue isländische Regierung, die Fischereizone im kommenden Jahr sogar auf 200 Seemeilen auszuweiten. Hintergrund für diese Forderung war die UN-Seerechtskonferenz, die 1973 in New York eröffnet wurde. Sie war der Versuch, das bislang größte internationale Vertragswerk zu schaffen.<sup>81</sup> Diesmal ging es anders als bei vorangegangenen Konferenzen nicht um eine Kodifikation des bestehenden Rechtes, sondern um eine umfassende Neuregelung des gesamten Seerechts. Großen Einfluss auf dessen Entwicklung hatte die Dekolonisierung der 1950er und 1960er Jahre. Die dadurch nun selbständig gewordenen, neuen Staaten konnten geltend machen, dass die aktuellen Regelungen ohne ihre Mitwirkung geschaffen worden waren.<sup>82</sup> Beim zweiten Treffen im Sommer 1974 in Caracas sprachen sich über 100 Staaten für eine exklusive Wirtschaftszone aus.<sup>83</sup> Damit sollte den Küstenländern das Recht eingeräumt werden, die natürlichen Ressourcen wie beispielsweise Fisch für die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Auf dieser Konferenz vollzogen die Sowjetunion und die USA einen Positionswechsel. Da die Bewegungsfreiheit für beide Großmächte oberste Priorität hatte, waren sie bereit, auf Kosten der Fernfischerei Zugeständnisse zu machen<sup>84</sup>. Im Gegenzug sollten sie für die geostrategisch wichtigen Meerengen freie Durchfahrt und Überflugrechte erhalten. Damit war klar, dass zukünftig nicht mehr über das „ob“, sondern nur noch über die Ausgestaltung einer Wirtschaftszone gesprochen werden würde.<sup>85</sup> Doch dies waren noch Zukunftsgedanken, da bei multilateralen Verhandlungen nach dem Konsensprinzip selten schnelle Einigungen zu erwarten sind.

In den deutsch-isländischen Beziehungen erreichte der Streit über die Fischereirechte am 24. November 1974 mit der Aufbringung des deutschen Fischereischiffes *Arcturus N.* einen neuen Höhepunkt.<sup>86</sup> Das deutsche Schiff

80 Drahtbericht Nr. 143 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 31. Juli 1974, in: PA AA, B 60, Bd. 108658.

81 Aufzeichnungen, Referat 413, 30. September 1974, in: PA AA, B 88, Bd. 193936.

82 Gündling: 200-Seemeilen-Wirtschaftszone, S. 8.

83 Jónsson: *Friends in Conflict*, S. 160.

84 Günther Jaenicke: Die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen. Grundprobleme im Überblick, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 38 (1978), S. 438–511, hier S. 484.

85 Vermerk, Referat 500, 12. Februar 1975, PA AA, B 88, Bd. 102899.

86 Ministerialdirektor van Well, z. Z. Brüssel, an das AA, Fernschreiben Nr. 1793, 12. Dezember 1974, in: AAPD 1974, wissenschaftliche Leiterin Ilse Dorothee Pautsch,



wurde nicht nur beschossen, sondern auch beschlagnahmt, der Kapitän verhaftet und die Angelegenheit von einem isländischen Gericht völkerrechtswidrig abgeurteilt.<sup>87</sup> Mit der Einschaltung der Judikative war eine neue Eskalationsstufe erreicht. Gegenüber der Presse nannte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes den Vorgang einen „Akt der modernen Seeräuberei“<sup>88</sup>. Deutsche Medien berichteten mit großen Aufmachern. Die BILD-Zeitung brachte am 29. November 1974 die Nachricht auf Seite 1. Im Kommentarteil urteilte sie unter der Überschrift „Bonn protestiert – aber tut nichts“: „Aus dem ‚Kabeljau-Krieg‘ ist ein echter Krieg geworden“<sup>89</sup>. Für die deutschen Regierungsvertreter war nun die rote Grenze überschritten: Die vier Küstenländer beschlossen in Abstimmung mit der Bundesregierung umgehend ein Verbot der Direktanlandungen für isländischen Fisch in deutschen Häfen.<sup>90</sup> An den Küsten wurde es als unerträglich wahrgenommen, dass isländische Exporteure unbehelligt ihre Fänge in der Bundesrepublik verkaufen durften, während gleichzeitig die deutschen Fischer von den Isländern massiv an der Ausübung ihrer Erwerbsarbeit gehindert wurden.<sup>91</sup> Die Isländer zeigten sich über den Anlandebann empört, was die Verhandlungen nicht erleichterte.

Für die Bundesregierung war es schwierig zu vermitteln, dass es zu keinen Fortschritten kam. Wurde dies von der Opposition ausgenutzt und die Verhandlungstaktik kritisiert? Im Bremer Wahlkampf im Sommer 1975 waren der Fischereikonflikt und seine Auswirkungen auf die Region sowie die lokale Wirtschaft eines der zentralen Themen.<sup>92</sup> So reisten auch der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Grunenberg und der Abgeordnete und ehemalige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel im Vorfeld der Wahl nach Reykjavik. Barzel formulierte im Anschluss einen Bericht, den er auch der Bundesregierung übersandte. Seine Einschätzung unterschied sich allerdings nicht wesentlich von der des Auswärtigen Amtes.<sup>93</sup> Dies zeigt, dass es zwischen den Parteien inhaltlich keinen großen Dissens gab und vielmehr im Fi-

---

bearb. von Daniela Taschler, Fabian Hilfrich und Michael Ploetz, II, Nr. 370, S. 1630–1632.

87 Drahtbericht Nr. 225 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 28. November 1974, in: PA AA, B 88, Bd. 193921.

88 Protest gegen „Seeräuberei“, in: Die Welt, 26. November 1974.

89 BILD-Zeitung, 29. November 1974.

90 Drahterlass Nr. 5063, Referat 500 an die deutsche Botschaft in Reykjavik, 29. November 1974, in: PA AA, B 88, Bd. 193921.

91 Sprechzettel für StS Wischniewski, Referat 500, 28. Januar 1975, in: PA AA, B 14, Bd. 113497.

92 Vermerk, Referat 500, Gespräch in Bremen, 12. September 1975, PA AA, B 14, Bd. 113542.

93 Schreiben vom 17. August 1975, ebd.

schereizonenstreit bei den wichtigen Fragen eine Überstimmung über Parteigrenzen hinweg herrschte.<sup>94</sup>

Im Juli 1975 kam es zu einer weiteren Eskalation, da die isländische Regierung beschloss, dass man die Fischereizone mit Wirkung zum 15. Oktober 1975 auf 200 Seemeilen erweitern werde.<sup>95</sup> Damit war das Maß voll: Nun protestierten nicht nur die betroffenen westeuropäischen Staaten, sondern auch die Ostblockstaaten. Dies fiel letzteren umso leichter, da die zweite Ausweitung nicht auf die isländischen Kommunisten zurückging. Das Ziel der Bundesregierung war es, nun endlich eine Lösung zu erreichen, die auch direkt die 200-Seemeilenzone mit umfassen sollte. Außenminister Genscher und sein Staatsminister Wischniewski übernahmen die Initiative.<sup>96</sup> So wurde im September 1975 eine behördeninterne Übergabe der Federführung verfügt.<sup>97</sup> Die Leitung sollte vom Referat Völkerrecht an die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes abgegeben werden. Von deutscher Seite war die Auseinandersetzung bisher sehr juristisch geprägt geführt worden. Diese Strategie konnte jedoch angesichts der Einstellung der Gegenseite nicht aufgehen, da die Haltung der Isländer sich auf eine Kurzformel bringen ließ: „Ihr behaltet euren Rechtsstandpunkt, wir behalten dafür unseren Fisch“<sup>98</sup>.

#### *Deutsche NATO-Interessen machen Weg für Einigung frei*

Die Bundesrepublik war nun bereit, in jedem Fall ein Abkommen zu erreichen. Doch woher kam die Dynamik, den Fischereizonenstreit unbedingt beenden zu wollen? Zum einen wurden die deutsch-isländischen Beziehungen seit Jahren nahezu ausschließlich vom Konflikt geprägt. Zum anderen spielten bündnispolitische Überlegungen eine wichtige Rolle.<sup>99</sup> Denn die NATO war 1975 schweren inneren Problemen ausgesetzt. Dazu zählten aus deutscher Sicht die abnehmende Verteidigungsbereitschaft in vielen westeuropäischen Ländern,

94 Bereits 1972 hatte es einen parteiübergreifenden Entschließungsantrag der Bremer Bürgerschaft gegeben, der gegen Übergriffe der isländischen Küstenwachschiffe protestiert hatte: „Parlament verurteilt Aktion gegen Trawler“, in: Weser Kurier Bremen, 7. Dezember 1972.

95 Drahtbericht Nr. 77 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 11. Juli 1975, in: PA AA, B 60, Bd. 108659.

96 Sein Einsatz in der Fischereifrage hatte ihm bei den Medien einen neuen Spitznamen eingebracht. Aus „Ben Wisch“, wie ihn viele nach Verhandlungserfolgen mit arabischen Gesprächspartnern nannten, wurde zwischenzeitlich „Ben Fisch“, in: Der Spiegel: Großer Coup, 20. Oktober 1975.

97 Referat 500 zum Übergang der Federführung, 29. September 1975, in: PA AA, B 88, Bd. 102899.

98 Bericht der SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Saxowski und Horst Grunenberg über eine Reise nach Reykjavik, Juli 1975, ebd.

99 Vgl. dazu auch Genscher/Callaghan in Rom, Referat 204, 1. Dezember 1975, in: PA AA, B 32, Bd. 110438.

öffentliche Diskussionen der zukünftigen Rolle der USA sowie wirtschaftliche Verwerfungen in den Mitgliedsstaaten.<sup>100</sup> Weitere Konfliktpunkte innerhalb der Allianz waren die regionalen Krisenherde an der Südflanke des Bündnisses wie beispielsweise die konflikthaften Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei in der Zypernfrage<sup>101</sup>, die Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung in Portugal und die Rolle der Griechen, die 1974 aus dem militärischen NATO-Stab ausgeschieden waren. Explizit benannte der zuständige NATO-Botschafter Franz Krapf Island an der Nordflanke als weiteres Problem. Auch wenn es im Fischereikonflikt zwischen Island und der Bundesrepublik Deutschland ruhiger geworden sei, müsse für diese Frage im übergeordneten Interesse der Allianz bald eine Lösung gefunden werden.<sup>102</sup>

Auch beunruhigte die NATO, dass Moskau seine Seestreitkräfte massiv aufrüstete und die Allianz auf diese Weise immer mehr ins Hintertreffen geriet.<sup>103</sup> Dies hatte eine sowjetische Truppenübung im NATO-Befehlsbereich mit dem Tarnnamen „Okean“ 1975 deutlich gemacht, an der alle fünf sowjetischen Flotten beteiligt waren und die die neue Stärke und das Selbstbewusstsein Moskaus zeigte.<sup>104</sup> Die Sowjets testeten den Zeitbedarf und die Realisierung von größeren Kräfteansammlungen im Atlantik.<sup>105</sup>

Vor diesem Hintergrund lautete bei den entscheidenden Verhandlungsrunden für ein deutsch-isländisches Abkommen im Oktober und November 1975 die Devise „Besser ein Abkommen als keines“ und „Ein Abkommen, mit dem wir leben können“<sup>106</sup>. Dafür bot man den Isländern auf vertraulicher Basis den Ausschluss der Vollfroster an. Das war ein außenpolitisches Foul-Spiel gegenüber London. Denn die Bundesrepublik hatte nur zwei Monate zuvor gegen den Willen Großbritanniens eine Koordinierung der jeweils bilateral geführten Verhandlungen innerhalb der EG erzwungen. Dabei war auf deutschen Wunsch

100 Vorschau auf die bevorstehende NATO-Konferenz, 21. Mai 1975, in: AAPD 1975, wissenschaftliche Leiterin Ilse Dorothee Pautsch, bearb. von Michael Kieninger, Mechthild Lindemann und Daniela Taschler, I, Dok. Nr. 128, S. 569–577. Vgl. hierzu auch Alfred Grosser: Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg. München 1978, S. 389–393.

101 Jeanette Choisi: Wurzeln und Strukturen des Zypernkonfliktes 1878–1990 (Studien zur modernen Geschichte 43). Diss. phil. Stuttgart 1993, S. 259–261.

102 Vorschau auf die bevorstehende NATO-Konferenz, 21. Mai 1975, in: AAPD 1975 I, Dok. 128, S. 569–577.

103 Islands strategische Bedeutung für die NATO, Referat 201, 4. Mai 1976, in: PA AA, B 150, Bd. 347.

104 John C. Ausland: Nordic Security and the Great Powers. Boulder 1986, hier S. 74.

105 John F. Erickson: Der Kriegsschauplatz Nord und die sowjetischen Optionen, in: Nordeuropa – Ausfalltor der Sowjetunion zu den Weltmeeren (Schriftenreihe des Deutschen Marine Instituts 8). Hg. von Eckart Busch im Auftrag des Deutschen Marine Instituts. Herford 1985, S. 25–50, hier S. 38.

106 Aufzeichnungen Referat 204, 24. Oktober 1974, in: PA AA, B 60, Bd. 108659.

beschlossen worden, dass kein Land den Ausschluss einer bestimmten Schiffsart präjudizieren dürfe.<sup>107</sup> Großbritannien hatte sich heftig dagegen gewehrt, da man beim ersten Interimsabkommen mit Island im November 1973 diesem Ausschluss zugestimmt hatte und nun eine schnelle Einigung mit Island torpediert sah. Denn London musste jetzt aufgrund der von der Bundesrepublik durchgesetzten Vorgabe einen solchen Ausschluss in einem Nachfolgeabkommen herausverhandeln.

Hinter der Kehrtwende Bonns stand die Angst, dass das Königreich als erstes Land ein Abkommen abschließen könne. Für den zweiten Verhandlungspartner ergab sich eine geschwächte Position, da Island dann auf den bereits erreichten Punkten beharren würde, um ein noch besseres Verhandlungsergebnis zu erreichen. Wischniewski gab die Losung aus, dass annehmbare Vorschläge der Isländer akzeptiert werden sollten. Auf andere EG-Länder dürfe keine Rücksicht genommen werden.<sup>108</sup> Ende November wurde ein auf zwei Jahre befristetes Interimsabkommen geschlossen. Dabei gab es Fang- und Schiffsbeschränkungen: die deutschen Trawler sollten pro Jahr 60.000 Tonnen Fisch fangen dürfen.

#### *Britisch-isländischer Kontaktabbruch 1976*

Die Bundesregierung schloss nicht nur ein Abkommen mit Island, sondern betätigte sich auch als Vermittler im neu entflammten Streit zwischen London und Reykjavik. Nach Auslaufen der bilateralen Vereinbarung im November 1975 schickte London erneut seine Navy. Dabei standen nun 23 britische Kriegsschiffe mit 2 700 Seeleuten sieben kleinen isländischen Küstenwachschiffen mit 140 Besatzungsmitgliedern gegenüber.<sup>109</sup>

Die isländische Regierung beantragte Anfang Januar 1976 eine Sondersitzung des NATO-Rates zum Fischereistreit mit Großbritannien.<sup>110</sup> Man drohte damit, die diplomatischen Beziehungen zu London abzubrechen, wenn sich die Zwischenfälle fortsetzen würden.<sup>111</sup> Angesichts der britischen Übermacht und der Folgen für die NATO waren die elf Stellungnahmen der NATO-Vertreter nahezu ausnahmslos proisländisch. Dies zeigt, dass Großbritannien sich zunehmend in der Defensive befand. Insbesondere die Unverhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes durch das Vereinigte Königreich wurde kritisiert.<sup>112</sup>

107 Ebd.

108 Vermerk Staatsminister Wischniewski, 6. November 1975, in: PA AA, B 32, Bd. 110438.

109 Brief des isländischen Außenministeriums, 10. Januar 1976, in: PA AA, B 14, Bd. 113542.

110 Drahtbericht Nr. 40 der deutschen NATO-Vertretung, 9. Januar 1976, ebd.

111 Drahtbericht Nr. 5 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 16. Januar 1976, in: PA AA, B 14, Bd. 112542.

112 Drahtbericht Nr. 53 der deutschen Vertretung bei der NATO in Brüssel, 12. Januar 1976, in: PA AA, B 150, Bd. 342.

Als sich der Konflikt Anfang Februar weiter zuspitzte, schaltete sich Bonn mit einer Vermittlungsinitiative ein. Man appellierte an die isländische Regierung, mit der britischen Regierung nach neuen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.<sup>113</sup> Ebenso wandte sich Bonn an den NATO-Generalsekretär.<sup>114</sup> Die Amerikaner begrüßten die deutsche Initiative.<sup>115</sup> Beim britisch-deutschen Gipfeltreffen am 7. Februar 1976 in Chequers appellierte Bundeskanzler Helmut Schmidt an den neuen britischen Premierminister Harold Wilson, die außenpolitischen Folgen zu bedenken. Ein offener Konflikt an der Nordflanke der NATO zusätzlich zu den bestehenden griechisch-türkischen Differenzen gefährde die Allianz.<sup>116</sup> Doch alle Bemühungen halfen nichts, Reykjavik brach am 19. Februar 1976 die diplomatischen Beziehungen zu London ab.<sup>117</sup>

Im Anschluss übernahm Oslo, das wegen der direkten Nachbarschaft der Sowjetunion großes Interesse an einer stabilen NATO-Nordflanke hatte, eine Vermittlerrolle.<sup>118</sup> Da kein direkter Kontakt mehr bestand, war ein Austausch zwischen beiden Konfliktparteien nicht mehr möglich gewesen.<sup>119</sup> Ursprünglich hatten sowohl London als auch Reykjavik und Oslo in dieser Frage auf Bonn gehofft<sup>120</sup>, da man den Deutschen das notwendige Fingerspitzengefühl für die schwierige Mission zutraute. Die Bundesregierung war jedoch der Meinung, dass man aufgrund eigener Interessen nicht über genügend Unabhängigkeit und Unparteilichkeit verfüge und wurde in dieser Sichtweise von den Amerikanern unterstützt. Eine Lösung wurde im Juli 1976 erreicht, als die Konfliktpartner in Oslo auf neutralem Boden zusammengekommen waren.<sup>121</sup> Nach dem neuen, auf zwei Jahre befristeten Abkommen war davon auszugehen, dass Großbritannien nur noch 30.000 Tonnen Fisch werde fangen können.<sup>122</sup> Für die Briten war dies ein bitteres Ergebnis. Der Bundesrepublik war

---

113 Drahterlass Nr. 455 an die deutsche Botschaft in Reykjavik, Referat 204, 5. Februar 1976, in: PA AA, B 32, Bd. 110350.

114 Drahterlass Nr. 456 an die deutsche Vertretung bei der NATO, Referat 204, 5. Februar 1976, ebd.

115 Drahtbericht Nr. 410 der deutschen Botschaft in Washington, 5. Februar 1976, in: PA AA, B 88, Bd. 193926.

116 Deutsch-britisches Regierungsgespräch in Chequers, 7. Februar 1976, in: AAPD 1976, wissenschaftliche Leiterin Ilse Dorothee Pautsch, bearb. von Matthias Peter, Michael Ploetz und Tim Geiger, I, Dok. 41, S. 174–180.

117 Drahtbericht Nr. 33 der deutschen Botschaft in Reykjavik, 19. Februar 1976, in: PA AA, B 14, Bd. 113542.

118 Zum Verhältnis von Norwegen und Island: Jóhannesson, Guðni Thorlacius: *Sympathy and Self-interest. Norway and the Anglo-Icelandic Cod Wars* (Forsvarsstudier/Institut for Forsvarsstudier, IFS [tidligere Forsvarshistorisk Forskningscenter] 2005, 1). Oslo 2005.

119 Aufzeichnungen, Referat 204, 29. April 1976, in: PA AA, B 150, Bd. 346.

120 Drahtbericht Nr. 46 der deutschen Botschaft in Oslo, 11. Februar 1976, in: PA AA, B 32, Bd. 110350.

121 Drahtbericht Nr. 192 der deutschen Botschaft in Oslo, 1. Juni 1976, ebd.

122 Drahtbericht Nr. 1176 der deutschen Botschaft in London, 2. Juni 1976, in: PA AA, B 14, Bd. 113542.

durch das Abkommen von 1975 noch die doppelte Menge zugestanden worden, obwohl die deutschen Fangergebnisse traditionell immer wesentlich unter denen Großbritanniens gelegen hatten.

Eine grundsätzliche Regelung der Fischereizonenfrage erfolgte schließlich durch die dritte UN-Seerechtskonferenz, die allen Küstenstaaten eine „ausschließliche Wirtschaftszone“ von 200 Seemeilen einräumte.<sup>123</sup> Faktisch erhielten die betroffenen Ländern innerhalb dieser Küstenzone die Kontroll- und Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen wie die Fischereibestände. Islands Maximalposition war damit Bestandteil des Völkerrechts geworden.

### *Island als Beispiel für verändertes Konfliktmanagement innerhalb der NATO*

Die Analyse des Konfliktes zeigt, dass die Bundesrepublik im Fischereizonenstreit einlenkte, auch weil man fürchtete, dass der Streit Auswirkungen auf die Allianz haben könne. Island war es also gelungen, geschickt seine besondere Bedeutung innerhalb der NATO auszuspielen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Der Fischereizonenstreit ist ein Beleg dafür, dass die Allianz in den 1970er Jahren zunehmend als Forum des politischen Austausches in Streitfällen genutzt wurde. So unternahm NATO-Generalsekretär Luns – auch auf Initiative der Bundesrepublik – Vermittlungsversuche und reiste wiederholt nach Reykjavik. Interessanterweise hatte sein Vorgänger Hastings Lionel Ismay dies bei der ersten Auseinandersetzung 1956 noch abgelehnt mit dem Hinweis, dass er sich damit in die inneren Angelegenheiten Islands einmischen würde.<sup>124</sup> Der deutsche NATO-Botschafter Krapf beschrieb dieses neue Selbstverständnis der Allianzpartner, das sich zumindest bei überschaubaren Konflikten als hilfreich erweisen konnte, Mitte der 1970er Jahre folgendermaßen: „In Ansätzen bilden sich neue Strukturen für die Bewältigung innerer Probleme des Bündnisses heraus: Kleinere Gruppen von Bündnispartnern versuchen Mittel und Wege für die Beilegung von Spannungen zwischen einzelnen Bündnispartnern zu leisten“<sup>125</sup>. Diese Gruppen würden wechseln, stets beteiligt seien jedoch außer den USA die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, so Krapf.

Auch wenn die Amerikaner nach wie vor wichtigster Bezugspunkt blieben und sich ihre hegemoniale Stellung lediglich etwas abschwächte, übernahmen die europäischen Staaten, wie von den Vereinigten Staaten unter der Regierung Nixon gefordert, zunehmend Verantwortung für die Beilegung regionaler Aus-

123 Vgl. dazu Gündling: 200-Seemeilen-Wirtschaftszone. Die UN-Seerechtskonferenz tagte zwischen 1974 und 1982.

124 Winfried Heinemann: Die NATO und Island. Kommunistische Regierungsbeteiligung und Stützpunktfrage, in: Militärgeschichte 3 (1993) 1, S. 6–13, hier S. 8.

125 Vorschau auf die NATO-Konferenz, 21. Mai 1975, in: AAPD 1975 I, Dok. 128, S. 569–577.

einandersetzungen.<sup>126</sup> Die wissenschaftliche Untersuchung weiterer Konfliktherde wie beispielsweise Zypern, Malta oder Portugal und mögliche Vermittlungsinitiativen von Allianzmitgliedern wie der Bundesrepublik könnte in diesem Kontext die These eines veränderten Konfliktmanagementmusters innerhalb der NATO in den 1970er Jahren erhärten.

---

126 Richard Davy: *European Détente. A Reappraisal*. London 1992, hier S. 9.